

## Zur Nationalen Sicherheitsstrategie der Bundesregierung

Was lange währt, wird endlich gut!

Schon in der Präambel ihres Koalitionsvertrages vom 07. Dezember 2021 hatte die Ampel-Regierung den Bürgerinnen und Bürgern vor allem Anderen ein Sicherheitsversprechen gegeben und im weiteren Text angekündigt, noch im Jahr 2022 eine Nationale Sicherheitsstrategie (NSS) vorlegen zu wollen, die unter Federführung des Auswärtigen Amtes – und nicht wie die früheren Weißbücher unter Leitung des Bundesverteidigungsministeriums – entstehen sollte. Der von Außenministerin Baerbock am 18. März 2022 mit einer bemerkenswerten, unten dem frischen Eindruck der Ukraine-Invasion stehenden Rede eingeläutete Arbeitsprozess führte nun, deutlich mehr als ein Jahr später zu dem am 14. Juni 2023 vorgelegten Ergebnis, das insgesamt als eine durchaus gelungene 360-Grad-Sicht auf die vielen Gefahren und Risiken ausgesetzte Sicherheitslage unserer Gesamtgesellschaft zu sehen ist. Die Bundesregierung hält sich und uns den Spiegel vor, der erkennen lässt, wie weit wir uns in der gefühlten Komfortzone seit der Jahrtausendwende von der Realität entfernt haben und wie groß die nach dem Erwachen des 24. Februar 2022 erkennbaren Defizite wirklich sind. Dies ist ebenso verdienstvoll wie überfällig und rückt die Frage in den Mittelpunkt, welche Opfer das Stopfen der nun offen gelegten Sicherheitslücken uns als Gesellschaft und uns als Steuerzahlern abverlangt. Wie auch in der Pressekonferenz zur Vorstellung der NSS deutlich wurde, schwingt hierbei wieder die Hoffnung mit, dass man sich von Jahr zu Jahr irgendwie durchhangeln können und die Dinge vielleicht doch nicht so schlimm werden, wie sie nach der Analyse werden könnten. Ein bisschen Optimismus haben wir ja alle verdient.

Begrüßenswert ist schon der Beginn mit aus der Präambel des Grundgesetzes zitierten Programmsatz: „In einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“. Auf derselben ersten Seite (nach Vorworten und Inhaltsverzeichnis) werden die Verantwortung für Frieden, Sicherheit, Wohlstand, Stabilität und für den nachhaltigen Umgang mit unseren Lebensgrundlagen zu recht in einem Atemzug genannt. Russland und China kommen bereits unmittelbar im Anschluss vor, das „heutige Russland“ als auf absehbare Zeit größte Bedrohung für Frieden und Sicherheit im europäischen Raum, China mit der bewährten Einstufung als „Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale“. Die Bedrohung der inneren Sicherheit, aber auch der Wirtschaft sowie Terrorismus, Cyberangriffe, Energie- und Rohstoffversorgung, die Gefährdung der internationalen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen sowie die Klimakrise sind die danach folgenden Stichworte. Die NSS will also Sicherheit integriert denken und sieht das Leben in Frieden, Freiheit und Sicherheit als oberste Aufgabe deutscher Sicherheitspolitik, eingebettet in die Allianzen, denen Deutschland angehört.

Zur finanziellen Seite dieses Ansatzes und zur Erfüllung des 2%-Ziels heißt es: „Zunächst auch durch das neu geschaffene Sondervermögen Bundeswehr werden wir im mehrjährigen Durchschnitt unseren 2%-

BIP-Beitrag zu den NATO-Fähigkeitszielen erbringen. Zugleich werden wir unsere Investitionen in den Schutz Kritischer Infrastrukturen, Cyberfähigkeiten, eine handlungsfähige Diplomatie, den Bevölkerungsschutz, die Stabilisierung unserer Partner sowie eine engagierte humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit stärken. Zivilverteidigung und Bevölkerungsschutz wollen wir in einem gesamtgesellschaftlichen Ansatz stärken, bei dem Bundesregierung, Länder, Kommunen, Wirtschaft sowie Bürgerinnen und Bürger gemeinsam Verantwortung übernehmen. Wir verbessern die Unterstützung des Bundes für die Länder im Katastrophenschutz und erhöhen die Resilienz unserer Kritischen Infrastrukturen.“ Es ist also klar, dass wir als Gesamtgesellschaft in den kommenden Jahren deutlich mehr für unsere integrierte Sicherheit werden ausgeben müssen, situationsbedingt auch unter Verzicht auf andere Ausgaben. Für die 2% wurde die Formulierung „im mehrjährigen Durchschnitt“ sicher mit einem recht genauen Rechenwert unterlegt. Wir hoffen, dass dabei keine allzu gewagten Rechenkunststücke vorgenommen wurden, denn eines ist gewiss: Angesichts steigender Fixkosten und eines immer noch großen Nachholbedarfs bei ihrer Ausrüstung braucht die Bundeswehr in den kommenden Jahren auch im regulären Haushalt deutlich mehr Geld als bisher.

Nach einigen außenpolitischen Grundsatz-Erklärungen folgt ein eigenes Nachhaltigkeitskapitel zur „Sicherheit unserer Lebensgrundlagen“, welches jedoch wieder nur die 17 UN-Sustainable Development Goals beleuchtet, leider aber nicht den Zusammenhang zwischen Rüstung, Friedenserhaltung und Nachhaltigkeit. Hier befindet sich ein durch eine zu einseitige Perspektive bedingter blinder Fleck. Dabei wäre es doch so einfach: Sowohl Umwelt- und Klimaschutz als auch alle sozialen Nachhaltigkeitswerte kommen im Krieg komplett „unter die Räder“. Die Verhinderung von Krieg ist also die unabdingbare Voraussetzung für jede Nachhaltigkeit. Krieg kann aber nur mit Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit verhindert werden, also durch Waffen für unsere Streitkräfte und Sicherheitsorgane, hier in Deutschland, in der EU und in der NATO. Über diesen Zusammenhang spricht die NSS eindeutig zu wenig, weil sie dazu neigt, sich hier in Ampel-typischen Betrachtungsschemata zu bewegen.

In einem weiteren Abschnitt wird – wie früher schon in den Weißbüchern – Deutschlands sicherheitspolitisches Umfeld beschrieben; vor allem wird dessen Verschlechterung gegenüber der letzten Bestandsaufnahme 2016 in vielen Facetten ausgeführt. Die daraus resultierende Schlussfolgerung lautet: „Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig“, wobei die Resilienz von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft sowie Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zu Recht als entscheidend bezeichnet werden.

In nächsten Kapitel geht es konkret um Wehrhaftigkeit („Frieden in Freiheit“) und die Erfordernisse der Landes- und Bündnisverteidigung. Die NATO wird als „oberste Garantin für den Schutz vor militärischen Bedrohungen“ bezeichnet (inklusive der „nuklearen Teilhabe“). Die entsprechenden Beistandsverpflichtungen aus NATO-, EU- und dt.-französischen Verträgen werden bekräftigt. Weiter heißt es: „Dazu gehören moderne, leistungsfähige Streitkräfte der EU-Mitgliedstaaten ebenso wie eine leistungs-

und international wettbewerbsfähige europäische Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, die Grundlagen der militärischen Fähigkeiten der Streitkräfte schafft. Gemeinsame Rüstungsprojekte und deren Exportfähigkeit gemäß den Maßstäben des zukünftigen Rüstungsexportkontrollgesetzes tragen dazu bei, europäische Handlungsfähigkeit voranzutreiben und stärken damit den europäischen Pfeiler in der NATO.“

Dieser Absatz ist aus unserer Industriesicht besonders wichtig, stellt er doch den Andockpunkt für die demnächst anstehende Neuauflage des Strategiepapiers zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie dar. Wir haben die klare Erwartung, dass hierbei der Kreis der nationalen Schlüsseltechnologien angesichts der Erfahrungen mit Pandemie und Krieg in Europa eher ausgeweitet wird. Zugleich mahnen wir aber auch eine komplementäre Strategie zur konsequenten Operationalisierung der Schlüsseltechnologien an. Dass im Übrigen die Exportfähigkeit eigens erwähnt wird, darf aus der Feder der Ampel-Koalition als ein bewusstes Signal gelten.

Auch das Thema der bedrohten Zivilgesellschaft wird adressiert: „Um die nötige Widerstandskraft für einen Konfliktfall zu entwickeln, wird die zivile Verteidigung im Rahmen der Gesamtverteidigung grundlegend überprüft und gestärkt. Mit der Stärkung der Zivilverteidigung wird die Bundesregierung die Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen, den Schutz und die Versorgung der Bevölkerung mit essenziellen Gütern und Dienstleistungen sowie die zivile, auch logistische, Unterstützung für die Streitkräfte sichern. ... Angesichts eines immer komplexeren und breiteren Bedrohungsspektrums hat der Bevölkerungsschutz grundlegende Bedeutung für die menschliche Sicherheit und für die Resilienz unseres Gemeinwesens. Die Bundesregierung wird den Bevölkerungsschutz umfassend stärken. Dies tun wir im Wege des kooperativen Föderalismus.“

Wie zu erwarten war, werden am Rande auch pazifistische Narrative bedient, jedoch in realistischer Kopplung mit dem Verteidigungs-Grundsatz: „Die Bundesregierung ist dem Primat der Prävention von Krisen verpflichtet. Wir werden unser Krisenengagement verstärkt über zivile und militärische Missionen und Operationen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU verfolgen. Unsere Instrumente der Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung richten wir an kohärenten und realistischen Zielen aus. Wir fassen darin zivile, polizeiliche und militärische Mittel zusammen; die Bundeswehr wird weiterhin einen wichtigen Beitrag leisten.“ In diesem Zusammenhang kommen auch die „Feministische Außenpolitik“ und eine Werte-basierte Entwicklungspolitik nicht zu kurz. Hier besteht die Gefahr eines Rückfalls in den Glauben, wir könnten unsere Werte in alle Teile der Welt übertragen und würden uns hierfür jeweils der Zustimmung der Empfänger sicher sein können. Gerade die Erfahrungen bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr, die in der NSS kaum mehr thematisiert werden, haben uns etwas anderes gelehrt.

In diesem Kontext findet sich denn auch ein längerer Absatz zu Rüstungskontrolle und Rüstungsexportkontrolle: „Bei der Kontrolle von Rüstungsexporten wird die Bundesregierung an ihrer

restriktiven Grundlinie festhalten und dafür in einem Rüstungsexportkontrollgesetz Maßstäbe festlegen. Bei Rüstungsexportentscheidungen finden Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Empfängerland besondere Berücksichtigung. Eine verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik berücksichtigt zugleich auch unsere Bündnis- und Sicherheitsinteressen, geostrategische Herausforderungen, die Unterstützung von Partnern, die unmittelbaren Bedrohungen ausgesetzt sind, und die Anforderungen einer verstärkten europäischen Rüstungskoooperation. Wir setzen uns für eine Vereinheitlichung von Rüstungsexportentscheidungen auf europäischer Ebene ein und wollen in der EU die Kooperation im Rüstungsbereich stärken und vertiefen. ... Die Bundesregierung setzt sich für die Fortentwicklung der internationalen Exportkontrollregime ein. Wir wollen die europäische Rüstungsexportkontrolle stärker harmonisieren, auch um bedrohte Staaten in ihrem Recht auf Selbstverteidigung noch besser unterstützen zu können. Wir setzen uns deshalb für das Vorhaben einer EU-Rüstungsexportverordnung ein.“ Kenner auch innerhalb der Bundesregierung wissen längst, dass diese Internationalisierung und Europäisierung von Rüstungsexportkontrolle etwa mit unserem engsten Partner Frankreich nicht zu machen ist.

Ausführlich geht die NSS auf Rohstoffsicherheit ein: „Kritische Abhängigkeiten in strategisch relevanten Bereichen müssen gezielt reduziert werden, um die eigene Handlungsfähigkeit im globalen Kontext zu erhalten und auszubauen, ohne die wirtschaftliche Offenheit und Innovationskraft Deutschlands zu beeinträchtigen. Unser Ziel ist, dass wirtschaftliche Verflechtungen keine nachteiligen Folgen für unsere Sicherheit haben. Daher werden wir durch Diversifizierung bestehende kritische Abhängigkeiten und Konzentrationsrisiken reduzieren und neuen vorbeugen.“ Dem ist zuzustimmen, zumal beispielsweise die USA hier seit Jahren einen sehr klaren Kurs der Abhängigkeitsreduzierung insbesondere bei allen Defence-Produkten verfolgen. Auch der Förderung von Technologie und Innovation wird ein eigener Abschnitt gewidmet, gefolgt von Absätzen zum Schutz vor Bedrohung aus dem Cyberraum und dem Weltraum.

Der letzte große Absatz behandelt schließlich die verschiedenen Facetten von Sicherheit und Nachhaltigkeit, aber wiederum unter Aussparung der unmittelbaren militärischen Applikationen von Nachhaltigkeit, wie sie durch die Leistungen unserer Industrie als Ausrüster von Bundeswehr, EU- und NATO-Streitkräften sowie Sicherheitsorganen repräsentiert werden. Dies bleibt gemessen an unserem schon lange vorgetragenen und mit viel Zustimmung versehenen Claim „Sicherheit ist die Mutter aller Nachhaltigkeit“ leider ein sehr schmerzliches Manko.

Fazit: Es werden alle aktuell erkennbaren Facetten unserer Sicherheitsarchitektur betrachtet, aber bisweilen eben mit einem Ampel-farbigem Filter, bei dem aus unserer Sicht die Zeichen mehr auf grün stehen als es der Realität entspricht.

Berlin, den 15. Juni 2023